

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	179
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	712/2023
		GZ:	WFB 9318
Sitzungstermin:	20.07.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Dr. Nopper		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Faßnacht / th		
Betreff:	Aufstellung Jahresabschluss 2022		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 19.07.2023, öffentlich, Nr. 408
 Ergebnis: einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 04.07.2023, GRDRs 712/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Aufstellung des Jahresabschlusses 2022, unter Berücksichtigung der Festlegungen in den nachstehenden Ziffern 1 - 8, wird zugestimmt:

1. Ergebnisrechnung / Verwendung Jahresüberschuss 2022 (Anlage 1)

1.1 Die Ergebnisrechnung schließt mit einem **Jahresüberschuss** in Höhe von **336,4 Mio. EUR** ab:

Ordentliche Erträge	4.260.023.882,5	EUR
Ordentliche Aufwendungen	-	EUR
Ordentliches Ergebnis	323.347.795,58	EUR
Außerordentliche Erträge	43.576.397,58	EUR
Außerordentliche Aufwendungen	-30.551.421,10	EUR
Sonderergebnis	13.024.976,48	EUR
Jahresüberschuss	336.372.772,06	EUR

nachrichtlich: konsumtive Ermächtigungsübertragungen 2022	220.713.961,98	EUR
--	----------------	-----

1.2 Der Jahresüberschuss wird im Rahmen der Ergebnisverwendung folgenden passiven **Bilanzpositionen** zugeführt:

1.2 Rücklagen

- 1.2.1 Zuführung zur Rücklage für Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von **323.347.795,58 EUR**
- 1.2.2 Zuführung zur Rücklage für Überschüsse des Sonderergebnisses in Höhe von **13.024.976,48 EUR**

2. Bilanz zum 31.12.2022 (Anlage 2)

2.1. Die Bilanz zum 31.12.2022, schließt mit einem **Bilanzvolumen** in Höhe von **11.814.026.926,99 EUR** ab:

Immaterielle Vermögensgegenstände	14.297.648,23	EUR
Sachvermögen	5.107.489.750,15	EUR
Finanzvermögen	5.901.259.935,46	EUR
Aktive Rechnungsabgrenzung	790.979.593,15	EUR
Gesamtbetrag auf der Aktivseite	11.814.026.926,99	EUR
Basiskapital	5.936.328.242,91	EUR
Rücklagen	3.918.757.617,74	EUR
Sonderposten	889.591.740,57	EUR
Rückstellungen	720.283.858,13	EUR
Verbindlichkeiten	239.400.958,39	EUR
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	109.664.509,25	EUR
Gesamtbetrag auf der Passivseite	11.814.026.926,99	EUR

2.2. Innerhalb der "Rücklage für Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses" werden für sonstige bestimmte Zwecke (vgl. Anlage 2, Seite 19, davon-Positionen 1.2.1.1 bis 1.2.1.11) Mittel in Höhe von **569.139.658,96 EUR** gebunden:

Parkmöglichkeiten	7.735.642,91 EUR
Projektmittelfonds Zukunft der Jugend	10.225.837,62 EUR
Risiko-Beteiligung an Stuttgart 21	16.830.859,64 EUR
Wohnungsbauförderung	8.581.946,62 EUR
Bündnis für Mobilität und Luftreinhaltung	21.834.452,34 EUR
Klinikum Stuttgart (Neubau Katharinenhospital)	124.943.000,00 EUR
Kulturelle Infrastruktur (Opernsanierung, Lindenmuseum, Neue Philharmonie u.a.)	179.113.617,75 EUR
Investitionszuschuss an SSB	20.000.000,00 EUR
Wohnraumoffensive Stuttgart	75.341.402,08 EUR
Radinfrastruktur	7.888.500,00 EUR
Klimaschutzfonds	96.644.400,00 EUR

3. Gesamtfinanzzrechnung 2022 (Anlage 3)

Die Gesamtfinanzzrechnung schließt mit einer positiven **Änderung des Finanzierungsmittelbestands** in Höhe von **159.784.718,82 EUR** ab:

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.234.477.583,93	EUR
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.530.724.575,63	EUR
Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung	703.753.008,30	EUR
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	61.502.368,25	EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-560.468.376,99	EUR
Saldo aus Investitionstätigkeit	-498.966.008,74	EUR
Finanzierungsmittelüberschuss	204.786.999,56	EUR
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	EUR
Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen (Liquiditätshilfen)	55.000.000,00	EUR
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen (Stiftung)	-2.280,74	EUR
Auszahlungen aus Gewährung von Darlehen (Liquiditätshilfen)	-100.000.000,00	EUR
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-45.002.280,74	EUR
Änderung Finanzierungsmittelbestand	159.784.718,82	EUR
Nachrichtlich: Ermächtigungsübertragungen 2022	1.202.729.537,27	EUR
Überschuss/-bedarf aus haushaltsunwirksamen Ein-/Auszahlungen	-204.080.120,97	EUR
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	115.901.922,96	EUR
Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	-44.295.402,15	EUR
Endbestand an Zahlungsmitteln	71.606.520,81	EUR

4. Übertragung von Budgetresten (Ermächtigungsübertragungen 2022)

Im **Ergebnishaushalt** werden zur Übertragung der konsumtiven Budgetreste 2022 in die Ämterbudgets 2023 **Ermächtigungsübertragungen** in Höhe von **220.713.961,98 EUR** gemäß Anlage 4 zugelassen.

Im **Finanzhaushalt** werden zur Übertragung der investiven Budgetreste 2022 in die Ämterbudgets 2023 **Ermächtigungsübertragungen** in Höhe von **982.015.575,29 EUR** gemäß Anlage 4 zugelassen.

Die Ermächtigungsübertragungen sind im Jahresergebnis nicht enthalten und belasten künftige Ergebnis- bzw. Finanzhaushalte und verringern den Finanzierungsmittelbestand entsprechend.

5. Im Haushaltsplan 2022 werden folgende über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen zugelassen:

Nr.	Teilergebnishaushalt	Amtsbereich	Kontengruppe	Betrag
5.1	900 Allgemeine Finanzwirtschaft	9006110 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	43410 Gewerbesteuerumlage	20.277.055,54 EUR

5.2	900 Allgemeine Finanzwirtschaft	9006110 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	43730 Allgemeine Umlagen an Zweckverbände u. dgl	230.497,59 EUR
			Summe	20.507.553,13 EUR

Die Finanzierung der Mehraufwendungen erfolgt wie in den Begründungen zur Nr. 5 angegeben (vgl. Seite 12f).

6. Mittelumsetzungen vom Finanz- in den Ergebnishaushalt

Aufgrund der Ziffern I.4 und I.5 der Haushaltsvermerke im Doppelhaushaltsplan 2022/2023 werden vom Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt Mittel wie folgt umgesetzt:

- Ziffer I.4 in Höhe von 40.767.122,39 EUR (Umsetzung von Investitionsmitteln zur Deckung von Mehraufwendungen für Instandhaltungs-/Unterhaltungsmaßnahmen und den Erwerb von beweglichem Sachvermögen)
- Ziffer I.5 in Höhe von 6.519.986,52 EUR (Umsetzung von in Pauschalen veranschlagten Mitteln)

Den entsprechenden Mehraufwendungen wird zugestimmt.

7. Gewährung von städtischen Darlehen an die Eigenbetriebe Stadtentwässerung Stuttgart (SES), Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) und Leben und Wohnen (ELW) sowie Gewährung von Kassenkrediten an die Stadtwerke Stuttgart GmbH (SWS)

Dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung Stuttgart (SES) wird zur Finanzierung von Investitionen in 2022 ein städtisches Darlehen in Höhe von 25.000.000 EUR gewährt.

Dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) werden zur teilweisen Finanzierung von Investitionen in 2022 städtische Darlehen in Höhe von insgesamt 21.000.000 EUR gewährt.

Dem Eigenbetrieb Leben und Wohnen (ELW) wird zur teilweisen Finanzierung von Vorhaben des Vermögensplanes 2022 ein Darlehen in Höhe von 400.000 EUR als Geldanlage der rechtlich unselbstständigen „Vereinigten Mildtätigen Stiftungen“ gewährt.

Den Stadtwerken Stuttgart GmbH (SWS) werden zur Deckung von unterjährigen Liquiditätsschwankungen Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 5.000.000 EUR gewährt (GRDRs 169/2020).

8. Gliederungstiefe Planvergleich nach § 51 GemHVO

Der Planvergleich des Jahresabschlusses nach § 51 GemHVO wird weiterhin bis zur Gliederungsebene der Teilhaushalte und mindestens nach der Gliederung der §§ 2 - 4 GemHVO aufgestellt.

Zur Aufstellung des Jahresabschlusses werden dem Gemeinderat die Gesamtergebnisrechnung, aus der sich der Jahresüberschuss ergibt, die Bilanz und die Gesamtfinanzenrechnung vorgelegt.

Die **Feststellung** des Jahresabschlusses durch den Gemeinderat erfolgt erst nach Prüfung durch das Amt für Revision. Das Prüfungsergebnis wird in einem Schlussbericht festgehalten.

Zur Feststellung wird dem Gemeinderat der Bericht zum Jahresabschluss 2022 mit Anlagen sowie der Schlussbericht des Amtes für Revision zur Verfügung gestellt.

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam aufgerufen und beraten mit dem heutigen TOP 5 - Zwischenbericht zur Finanzlage 2023 (GRDrs 713/2023) und TOP 6 - Bericht zu den Eckdaten zur Aufstellung des Doppelhaushalts 2024/2025 (GRDrs 714/2023). Der Beratungsverlauf ist nachstehend wiedergegeben.

OB Dr. Nopper ist hocherfreut, im Jahresabschluss 2022 statt des geplanten Fehlbetrages in Höhe von 132,3 Mio. EUR einen Jahresüberschuss von 336,4 Mio. EUR ausweisen zu können. Dies sei eine überwiegend gewerbesteuergetriebene Verbesserung in Höhe von 448 Mio. EUR. Man freue sich auch, anstatt eines erwarteten Gewerbesteueraufkommens in Höhe von 650 Mio. EUR erstmals in der Geschichte der Stadt Gewerbesteuererträge in Höhe von über 1 Mrd. EUR verzeichnen zu können, trotz Inflation, trotz Energiepreisschock und trotz Lieferengpässen. Die Leistungskraft der Wirtschaft in Stuttgart stelle sicher, dass die Landeshauptstadt Stuttgart ihre vielfältigen Aufgaben wahrnehmen kann. Ein herzliches Dankeschön richtet er an die vielen tüchtigen Beschäftigten in den Unternehmen und an die vielen tüchtigen Unternehmerinnen und Unternehmer. Ausdrücklich weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Gewerbesteuer in allen Kommunen "eine Achterbahnfahrt der Gefühle" verursache. Das Gewerbesteueraufkommen sei höchst volatil, sodass der Hochstimmung von heute schnell die Niedergeschlagenheit von morgen folgen könne. Abschließend dankt er allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtkämmerei sehr herzlich, die mit großem Engagement an der Aufstellung des Jahresabschlusses 2022 beteiligt waren.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) nimmt Bezug auf die gestrige Verhandlung im Verwaltungsausschuss, wo viel davon die Rede war, dass man sich ehrlich machen müsse. Dazu gehöre auch die Feststellung, dass Stuttgart "eine verdammt reiche Stadt ist". Er verwahre sich gegen all diejenigen im Rat, "die aus billigen populistischen Forderungen heraus jetzt so tun, als ob wir irgendwie keine Kraft mehr hätten, Humanitäres zu tun und Menschen in Not hier bei uns willkommen zu heißen und aufzunehmen. Angesichts dieser finanziellen Situation ist das ein Hohn, ist das Menschen verachtend, wenn wir hier die Türe zuschlagen vor Menschen, die in Not zu uns kommen wollen."

Trotz dieses Reichtums, den man in diesem Haushalt wiederholt sehe, gehe auch in Stuttgart nicht alles, schränkt er ein. Denn neben den Finanzen brauche es Personal, um Sachen umzusetzen, es brauche eine hochleistungsfähige Verwaltung. Hier seien an vielen Stellen zusätzliche Anstrengungen, Verbesserungen, Anerkennung und Wertschätzung notwendig, um Personal zu gewinnen und zu halten. Es gehe aber auch deswegen nicht alles, weil es beschlossene Projekten in einem Investitionsvolumen von

7,2 Mrd. EUR gebe. Die Frage stelle sich, "geht das alles in Zeiten, wo ein Klimaneutralitätsbeschluss 2035 gefasst wurde, wo ganz klare Prioritäten für die Ausrichtung der Stuttgarter Kommunalpolitik gesetzt wurden? Er spricht sich dafür aus, dieses Geld, dieses Personal, diese Energie und diese Ressourcen zu nehmen um alles dafür zu tun, "unseren Hauptjob" zu erfüllen. Dies sei, die klimaangepasste, klimagerechte Stadt umzusetzen und das Menschenrecht auf Wohnen in Stuttgart umzusetzen."

Erst wenn diese Aufgaben erledigt sind, könne man sich "den Luftschlössern von 7,2 Mrd. EUR annehmen". Solange dies nicht erledigt ist, sollte man vom Wunsch-dir-was, was die Kämmerei präsentiert habe, absehen. Deswegen habe die FrAKTION ihren Antrag formuliert, denn man wolle ganz bewusst vor den Haushaltsplanberatungen, dass der Rat sich erklärt, seine eigenen Ziele ernst zu nehmen. Man wolle Geld reservieren für Grundstückskauf, für Wohnungsbau und für Klimagerechtigkeit, bevor es im Wunsch-dir-was des Haushalts verschwindet. Vielleicht sei der Jahresabschluss nicht das richtige Instrument, aber der Blick auf den Zwischenbericht zur Finanzlage 2023 sei es durchaus. Dort tauche die freie Liquidität auf, die es brauche, um den Antrag umzusetzen. Diese Mittel seien eingeplant und Grundlage für die sog. Grüne Liste. "Für die Budgetplanungen 2024/2025 ist die Prognose der Kämmerei 308 Mio. EUR freie Liquidität!" Er werbe daher darum, seinem Antrag als Zielbeschluss zuzustimmen. Für die Haushaltsplanberatungen würde dies bedeuten, dieses Geld nicht on top zu sehen, sondern im Wohnungsbereich und im Klimabereich die Finanzierung sicher zu haben.

StR Winter (90/GRÜNE) stellt fest, dass der von seinem Vorredner beworbene Antrag gegenüber der im VA vorgestellten Fassung ein wenig modifiziert wurde. Dazu sei gestern das Notwendige gesagt worden. Er würde es angemessen und richtig finden, die Themen dann zu diskutieren, wenn sie auf der Tagesordnung stehen. Weiter weist der Stadtrat darauf hin, dass "nichts irgendwohin verschwindet" und dass die 300 Mio. EUR nicht reichen werden, um all die Aufgaben in den nächsten zwei Jahren im Klima zu bewerkstelligen. Dazu werde seine Fraktion noch Vorschläge machen und auch die Vorschläge und die Grüne Liste daraufhin prüfen. Zu berücksichtigen sei dabei auch, "dass der eine die Wünsche mehr bei dem sieht und der andere mehr bei dort sieht". Darüber werde man an geeigneter und richtiger Stelle streiten, nämlich in den Haushaltsplanberatungen. Die These, dieses Geld wäre als Wunsch-dir-was dann verbraucht, sei falsch. Weiter betont er, man werde dringend Geld brauchen für die anstehenden Transformationen. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Beschlussfassung des Rates vor zwei Wochen zur Mobilitätswende und für die SSB. Man sei sehr erfreut, dass diese Mittel schon im Haushalt stehen. Da man den Haushaltsplanberatungen nicht vorweggreifen möchte, lehne seine Fraktion den Antrag der FrAKTION ab.

Auch OB Dr. Nopper unterstreicht nachdrücklich: "Hier verschwindet nichts in irgendeinem Haushaltsloch, auch nicht auf dem Wege der Grünen Liste!"

StR Kotz (CDU) stimmt den Ausführungen von StR Winter voll umfänglich zu. Auch er weist den von StR Rockenbach verwendeten Duktus, "wonach Geld irgendwohin verschwindet", entschieden zurück. Da StR Rockenbach seit langer Zeit dem Gemeinderat angehört, müsste er es folglich besser wissen. Auch die CDU-Fraktion werde den Antrag ablehnen. Für ihn bestätige sich einmal mehr die Erkenntnis, "dass die linke Mehrheit in diesem Gemeinderat vor allem dann steht, wenn es darum geht, Parkplätze zurückzubauen oder Straßen zu sperren, und bei allen anderen wichtigen Dingen irgendwie nicht so richtig funktioniert."

StRin Meergans (SPD) teilt vieles aus der Argumentation von StR Winter, weshalb auch ihre Fraktion den Antrag von StR Rockenbauch ablehnen werde. Sie teilt die Einschätzung, wonach die 300 Mio. EUR nicht reichen werden, um die Herausforderungen beim Klimaschutz zu bewältigen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion erwarte mit Spannung die umfangreiche Vorlage mit diversen Vorschlägen für Maßnahmen im Klimaschutz, die man intensiv diskutieren werde und an der man sich mit Blick auf die Haushaltsberatungen orientieren werde. Klar sei auch, dass die vorgelegten Zahlen zum Jahresabschluss und zur Finanzlage sowie die Eckwerte zur Aufstellung des Haushalts den Gemeinderat nicht entbinden von der politischen Pflicht, absolute Notwendigkeiten in den Haushaltsberatungen zu regeln. Die im Antrag der FrAKTION thematisierten Dinge gehören selbstverständlich dazu. Man werde sich im Herbst intensiv damit befassen und in diesen Bereichen massiv Finanzmittel bereitstellen müssen, so die Stadträtin. Sie fordert StR Rockenbauch dazu auf, sich damit zu beschäftigen, was geht und was geht nicht und Anträge gut auszuarbeiten, anstatt sie fürs Schaufenster zu schreiben.

StR Ozasek (PULS) erklärt, seine Fraktionsgemeinschaft möchte eine Haushaltsführung "geleitet vor allem von einem klimapolitischen Imperativ", man wolle, dass die Klimafolgen kommunalen Handelns bemessen werden und ausgehend von dieser Grundhaltung heraus Stuttgart gestalten, transformative Kraft entfalten, insbesondere Entwicklungsflächen sichern und Wohnungen bauen, vor allem Betriebswohnungen. Jedoch seien die städtischen Ämter überlastet, vor allem die planenden und bauenden Ämter täten sich schwer damit, die anstehenden Zukunftsaufgaben zu erfüllen. So seien die Ermächtigungsübertragungen, vor allem im investiven Bereich, von 2017 in einer Größenordnung von 630 Mio. EUR auf heute 1,2 Mrd. EUR angewachsen. Es gebe eine immense Bugwelle an nicht erledigten Aufgaben und Projekten, die man auch kritisch hinterfragen und diskutieren müsse, ob man sie sich unter klimapolitischen Gesichtspunkten so noch leisten kann. In diesem Zusammenhang werde man auch sprechen über die Frage, wie mit den sehr hohen Jahresüberschüssen umzugehen ist. Aufgrund der sehr hohen Belastungen der städtischen Ämter sehe man vor allem den Weg, über die Beteiligungsgesellschaften SWSG, Stadtwerke Stuttgart und SSB diese Zukunftsaufgaben anzupacken. Dabei reiche es nicht, die Jahresdefizite dieser Beteiligungsgesellschaften künftig über den Stadthaushalt abzudecken. Um die dauerhafte Finanzierung von Zukunftsaufgaben bei der SSB zu sicherzustellen, sehe man vor allem die Notwendigkeit, die Kapitalisierung der SSB zu stärken mit einer Summe von mindestens 100 Mio. EUR. Mit diesem Grundgedanken werde man in die Haushaltsplanberatungen eintreten und nach einer Gesamtabwägung, die geleitet ist von dem Gedanken, Transformation voranzubringen in Stuttgart, Entscheidungen treffen. Man wolle daher heute keine Vorwegentscheidung treffen über die Verwendung der Jahresüberschüsse, vor allem tue man sich schwer damit, noch mehr ruhende Vermögenswerte aufzubauen. Inhaltlich könne man dem Antrag der FrAKTION sehr viel abgewinnen.

Nicht viel Verständnis zeigt StR Dr. Oechsner (FDP) dafür, "noch mehr Geld in noch mehr Töpfe, die noch weniger abfließen, jetzt zu parken". Es sei die Zeit, wo man darüber nachdenken muss, was ist denn leistbar von der Stadt was die bereits anstehenden Aufgaben angeht? Man dürfe nicht so weit kommen, dass man sich die Frage stellen muss: "Sammeln wir noch Töpfe mit guten Absichten oder machen wir wirklich etwas für die Bürger dieser Stadt?" Wenn man die Finanzmittel nicht verarbeitet bekommt, so stelle sich ihm die Frage, ob man das viele Geld in der bisherigen Form so einnehmen muss oder ob man vielleicht auch einmal über Realsteuern nachdenken könnte und darüber, gewisse Steuern zu senken.

StR Zaiß (FW) ist dankbar für das gute Ergebnis, zumal bereits andere Zeiten angesagt sind, denn steigende Zinsen bedeuten Einiges für die zukünftigen Investitionen. Ein gutes Polster zu haben sei daher wichtig, zumal bereits einige Großprojekte anstehen, wie Klinikum, Oper und Schleyer-Halle, Investitionen in Klima und Energiewende. Folglich sei es wichtig, als Stadt noch Gewinne zu machen, die zu Buche schlagen. Er teile daher die Meinung seines Vorredners im Hinblick darauf, über Erleichterungen für Unternehmenssteuern oder z. B. die Grundsteuer nachzudenken. Den Antrag lehnt er ab.

Mit Blick auf die so genannten Transformationsprozesse, die künstlich indiziert seien, weist StR Köhler (AfD) darauf hin, diese seien nur insoweit durchführbar, wie sie Mehrheiten haben. Somit sei keineswegs ausgemacht, dass in zehn Jahren noch über die gleichen Vorhaben diskutiert wird. Das Ziel seiner Fraktion sei, "dieses hier klar zu bremsen, vielleicht sogar an der einen oder anderen Stelle etwas rückgängig zu machen, als Transformationsprozesse zu forcieren, die am Ende für den Wirtschaftsstandort schwere Beschädigungen nach sich ziehen."

StR Rockenbauch geht zunächst ein auf die Wortbeiträge. Es sei zutreffend, dass er einer der dienstältesten Fraktionsvorsitzenden sei. Er stellt klar, mit seiner Aussage, "Geld verschwindet" meine er, das Geld wird für etwas Anderes ausgegeben, wie z. B. eine - aus Sicht der FrAKTION - unnötige Großevent- und Sporthalle, die klimaschädlich ist. Die freie Liquidität am Ende des Jahres 2022 werde 509 Mio. EUR betragen. Sie wurde reduziert in weiser Voraussicht dessen, was 2023 noch kommen mag. Im Finanzzwischenbericht sei zu sehen, dass diese eingeplante Prognose nicht eintreffen wird. Daher sei es vernünftig, mit den neuen Zahlen zu argumentieren. Hier sehe man dann, dass Ende 2023, wenn es so ausgeht, wie die Kämmerei das entworfen hat, 300 Mio. EUR zur Verfügung stehen. Sicherlich werde dieses Geld nicht reichen, aber es werde auch nicht mehr werden, wenn andere unnötige klimaschädliche Projekte beschlossen werden. Folglich sei es sinnvoll, heute die erste Tranche zu beschließen als Reserve für Wohnungsbau- und Klimaschutzvorhaben. Die inhaltlichen materiellen Beschlüsse seien selbstverständlich im Rat zu verhandeln, siehe Klimaaktionsplan.

Der Stadtrat wirbt erneut dafür, folgendem mündlichen Antrag zuzustimmen:
"Der Gemeinderat beschließt, die freie Liquidität, die aus den Jahresabschlüssen 2022 und 2023 prognostiziert werden, für die Themen Klimagerechtigkeit und bezahlbaren Wohnungsbau zu reservieren. 200 Mio. EUR davon für die klimagerechte Stadtentwicklung und 100 Mio. EUR davon für einen Wohnungs- und Bodenfonds."

OB Dr. Nopper lässt über den mündlichen Antrag von StR Rockenbauch abstimmen und stellt fest, dass dieser Antrag mit 7 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt ist.

Er stellt abschließend fest:

Der Gemeinderat beschließt die GRDRs 712/2023 einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Faßnacht / th

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Stadtkämmerei (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
 4. Referat SOS
 5. Referat JB
 6. *Referat SI*
 7. Referat SWU
 8. Referat T
 9. GPR (2)
 10. Amt für Revision
 11. L/OB-K
 12. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand